

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

169 (24.7.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 30 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 30 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 27 M monatlich. Einzelnummern 1.50 M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 8.40 M, auswärts 4.—M. Die Restamezeile 15.—M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestelle 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Poincarés Widerstand gegen jede Hilfe für Deutschland

Poincaré scheint sich inzwischen von einem ihm in Aussicht stehenden Misserfolg überzeugt zu haben und sich besonders klar darüber zu sein, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich eine Reise nach London nicht lohnt. In anbetragte dessen soll die Londoner Reise verschoben bzw. aufgegeben werden sein. Paris, 22. Juli. Die Morgensblätter veröffentlichten weitere Nachrichten über den Inhalt der Besinnungen, die Ministerpräsident Poincaré dem französischen Vertreter im Reparationsausschuß angehängt hat. Demnach bemühte sich der französische Ministerpräsident, die Gründe zu widerlegen, auf die die deutsche Regierung ihre Forderungen stütze. Die französische Regierung bemerkt vor allem, daß man bei jetzt keinerlei genau kontrollierbare Auskunft über den Anstand des Budgets und der Handelsfinanzierung während der letzten fünf Monate habe erhalten können.

Aus den Besinnungen Poincarés an Dubois ist hervorzuheben, in Wirklichkeit können die Hauptforderungen, in die die deutsche Regierung geraten sei, vor allen Dingen von einer schlechten Verwaltung. Es seien außerordentliche Ausgaben gemacht worden. Außerdem seien im Ausland mit zu hohen Zinsen entlehnt worden. Was die Getreidefrage betreffe, so wolle man fest, daß Deutschland sich wohl hüten, zu einer starken Ausweitung zu schreiten. Es scheint sich klar zu ergeben, daß der augenblickliche Stand der Dinge einer Gruppe Industrieller zugute komme. Der Ministerpräsident spricht also in seinem Memorandum von den Heilmitteln. Er lehnt die Vorschläge des Garantiekomitees ab und erklärt, daß die Unterdrückung ungenügend seien. Nach dem Präsidenten müsse der Garantiausgleich vollkommen die Bedürfnisse ausfüllen, die ihm die Artikel 248 und 241 des Friedensvertrages vorbehalten. Er müsse nach Berlin überfließen und an Ort und Stelle eine ununterbrochene und stabile Aktion ausüben.

Aus London wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Poincarés Instruktion an den französischen Vertreter in der Reparationskommission übertrifft hier zwar, aber sie ruft nur wenig Kommentare hervor. Die Instruktion wird hauptsächlich als taktischer Schritt gegenüber allen Beteiligten einschließlich der Pariser öffentlichen Meinung aufgefaßt, wobei betont wird, daß Poincarés Vorschlag eines schwebenden Moratoriums lediglich als erster Teil eines längeren Verfahrens zwecks Regelung des Gesamtproblems von Poincaré gemeint sei. Poincaré wolle durch ein solches Provisorium Zeit gewinnen und inzwischen mit Lord George über das weitere Verfahren beraten. Der Pariser Korrespondent der „Times“ gibt eine wichtige Interpretation, indem er erklärt, daß Poincaré jene sechs Wochen als Probezeit für den Willen Deutschlands ansehe, die mit der Garantiekommision vereinbarten Maßnahmen durchzuführen, und daß Poincaré die Befestigung einer abschließlichen Nichterfüllung keineswegs vor Ablauf dieser Probezeit wünsche und bereit sei, ganz darauf zu verzichten, wenn jene Reformen inzwischen in Angriff genommen würden. Trotzdem betont auch die „Times“ die Nachteile einer solchen Verzögerung der Moratoriumsfrage.

Die Denkschrift, die Poincaré der Reparationskommission hat überreichen lassen, um seine Forderungen und die Auffassung der französischen Regierung zu begründen, hat in anbetragte der geradezu gesuchten Angaben ihren Zweck bereits jetzt erfüllt und scheint in das Gegenteil des von der französischen Regierung beabsichtigten sich auszuwirken. Während Poincaré bisher noch eine getreue Gesandtschaft auf dem von ihm beschrittenen Wege zu versichern hatte, sieht er sich jetzt allein auf wackleren Füßen. Selbst der „Temp“ als einflussreicher Zeitungsleiter der französischen Reparationspolitik muß anlässlich der sinnlosen Denkschrift Poincarés gestehen, daß Frankreich in der Reparationskommission nicht einmal zwei Stimmen gewinnen könnte, wenn es weiter versuchen werde, eine abschließliche Vertragsüberlegung Deutschlands feststellen zu lassen. Auch das „Petit Journal“ bedauert die Denkschrift, die einen Kenner der Verhältnisse nicht überzeugen, wie auch Gerste in der „Victoire“ Auffassungen vertritt, die den Poincarés gänzlich zuwiderlaufen.

Die Antwort der Reichsregierung an das Garantiekomitee

Berlin, 22. Juli. Die heute dem Präsidenten der Delegation des Garantiekomitees in Berlin übergebene Antwortnote des Reichsfinanzers vom 21. Juli hat folgenden Wortlaut: Herr Präsident! In Erwiderung des Schreibens des Garantiekomitees vom 18. Juli, durch welches mir das Ergebnis der Beratungen des Garantiekomitees mit den deutschen Vertretern über die von der Reparationskommission gewünschte Nachprüfung der Einnahmen und Ausgaben und der schwebenden Schuld sowie über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und wegen der statistischen Erhebungen mitgeteilt worden ist, beziehe ich mich, folgendes mitzuteilen: Trotz der schweren Belastung, welche die vorgesehene Maßnahmen für Deutschland bedeuten, will die deutsche Regierung es auf sich nehmen, sie für die Dauer des Moratoriums durchzuführen. Wenn sie sich hierzu nach eingehender Überlegung entschlossen hat, so war für sie die Ermäßigung bestimmend, daß durch die im Memorandum vorgesehene Maßnahmen die in dem Rotenwechsel vom 21. März bis 14. Juli behandelten Fragen ihre abschließende Regelung finden und daß damit gleichzeitig

für die Reparationskommission die Grundlage einer Entschädigung geschaffen wird, welche der tatsächlichen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands, wie sie in der Note vom 12. Juli dargelegt ist, Rechnung trägt. Die deutsche Regierung achtet davon aus, daß die in dem Memorandum erwähnten Maßnahmen über die Nachprüfungen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen zur Ausführung gelangen werden, welche bei der Abfassung der Bestimmungen leitend waren, nämlich Wahrung der Souveränität des Reiches, Aufrechterhaltung des ungebrochenen Ganges der Verwaltung und Erhaltung des Steuer- und Geschäftsbetriebs. Was die Befämpfung der Kapitalflucht anlangt, so sieht die deutsche Regierung sich gezwungen, die Notwendigkeit zu betonen, daß die Entschädigung des Obersten Rates der alliierten Mächte vom 13. August 1921 jetzt durchgeführt wird. Sie bittet das Garantiekomitee, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken.

Gewöhnlichen Sie, Herr Präsident, die Befriedigung meiner ausgezeichneten Hochachtung. (gez.) Dr. Wirth.

Ungeheuerliche und unerfüllbare Kohlenforderungen der Reparationskommission

Die Reparationskommission hat entschieden, daß Deutschland vom 1. August ab monatlich 1 725 000 Tonnen Kohle gegenüber einem bisherigen Soll von 1 918 000 Tonnen Kohle an die Entente abzuliefern hat. Hierzu sind entfallen 820 000 Tonnen Steins, 100 000 Tonnen Koks, 125 000 Tonnen Anthrazit, 100 000 Tonnen Braunkohle und 200 000 Tonnen Torf. Die Kohlenforderungen sind daher die dringend verlangten Erleichterungen gegenüber dem bisherigen Programm nicht eingetretet; rückerwartung sind die Ermäßigungen durchaus unzureichend, indem die deutsche Forderung auf Herabsetzung des Soll um rund 600 000 Tonnen nur zu einem Drittel berücksichtigt ist. Diese Forderung war wohl begründet durch den Verlust Ober-Schlesiens und den Rückgang der Aufförderung, die zusammen einen monatlichen Kohlenverlust von 3 325 000 Tonnen ergeben. Dieses neue Programm, das angesichts der veränderten Kohlenbestände die deutsche Wirtschaft noch stärker belastet als das bisherige, dessen Undurchführbarkeit sich praktisch ergeben hat, läßt die im Friedensvertrag vorgeschriebene Berücksichtigung der deutschen Wirtschaft völlig vermissen. Nach dem Urteil aller Sachverständigen ist die Erfüllung des neuen Programms unmöglich.

Die Neuregelung der Bezüge der Beamten und Staatsarbeiter

SPD. Nach 16tägiger Dauer wurden in den frühen Morgenstunden des Sonntags die am Sonnabend vormittag im Reichsfinanzministerium begonnen Verhandlungen über die Neuregelung der Bezüge der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Angestellten und Arbeiter zu Ende geführt. Das Ergebnis besteht in einer getrennten Regelung für die Monate Juli und August. Entsprechend der gesteigerten Haushaltskosten für den Monat Juli tritt eine Erhöhung des bewilligten Teuerungszuschlages um 55 Proz. ein und für den Monat August eine solche von 80 Proz. Der sogenannte Kopfschlag von den ersten 10 000 Mark Gehalt und Ortszuschlag bleibt unverändert. Demnach erhält der lebende Beamte im Monat Juli für die ersten 10 000 Mark Dienstverdienst einen Teuerungszuschlag von 215 Proz., für die übrigen Einkommensanteile von 160 Proz., für den Monat August von 240 bzw. 185 Proz. Der verheiratete Beamte empfängt hierzu einen Kinderzuschlag von 160 bzw. 185 Proz. Die Teuerungszuschläge wirken sich so aus, daß der als Stichmann in Betracht kommende lebende Beamte der Besoldungsgruppe 3 ein Mehr von rund 933 Mark für Juli und 1350 Mark für August erhält. Der verheiratete Beamte erhält dazu eine Erhöhung der Kinderzuschläge von rund 110 Mark bei einem Kinde bis zum 6. Lebensjahr, 145 Mark bis zum 14. Lebensjahr, 100 Mark bis zum 21. Lebensjahr für den Monat Juli für August von 160 bzw. 200 bzw. 238 Mark. Für den verheirateten lebenden Handwerker der Klasse A ergibt sich durch eine Stundenlohnsteigerung von 5 Mark für den Monat Juli und 7.20 Mark für August, dazu eine Erhöhung des Kinderzuschlages von 15 Pfa. pro Stunde im Juli und 30 Pfa. im August. Ueber Einzelheiten wird am Montag nachmittags weiter verhandelt.

Bayern fordert Abberufung des Reichsgeandten in München

SPD. Die bayerische Regierung hat an die Reichsregierung das Ansinnen auf sofortige Abberufung des deutschen Geandten in München, Grafen Joch, gestellt. Anlaß zu diesem Schritt gab eine Intervention der Bayerischen Volkspartei, die sich auf den Prozeß Reopredting bezieht und deren Schluß lautet: „Kann die bayerische Regierung im Hinblick auf die im Prozeß gegen Reopredting erfolgten Feststellungen dem derzeitigen Vertreter des Reiches noch weiteres Vertrauen schenken?“ Der Reichsgeandte in München, Graf Joch, der sich in Bayern vor allem seiner offenen republikanischen Gesinnung wegen unbeliebt gemacht hat, hat bereits mehrfach die gegen ihn ausgesprochene Verleumdung widerlegt und vor allem darauf hingewiesen, daß er zu Reopredting in keinem anderen Verhältnis stand als auch andere maßgebende bayerische Politiker. Einen einzigen Brief hat Joch an Reopredting gerichtet, und dieser Brief enthält lediglich eine ablehnende Antwort auf Geldforderungen Reopredtings. Wie wir erfahren, behält sich die Regierung in bezug auf den Antrag des bayerischen Kabinetts alle Schritte vor und beabsichtigt nicht, ohne weiteres den Forderungen aus dem Süden Rechnung zu tragen.

Die Lage in Bayern

Nach einer Meldung der Montagspost aus München soll das Staatsministerium mit Stimmenmehrheit beschlossen haben, eine Verordnung zu erlassen, durch die die bayerische Regierung das materielle Recht des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik übernimmt, danach im Vollzug der bayerischen Staatsanwaltschaften und Volksgerichte überträgt und dadurch Bayern die Wirksamkeit der Reichsbehörden und des neuen Staatsgerichtshofes überträgt. Die Mehrheit des bayerischen Ministeriums glaubt sich bei diesem Vorgehen auf Artikel 48 des Reichsverfassungsgesetzes stützen zu können, in deren letzten Absatz den anderen Regierungen das Recht eingeräumt wird, wenn Gefahr in Verzug ist, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen zu treffen. Ferner soll die Mehrheit des bayerischen Kabinetts beschlossen haben, das Reichsstrafgesetzbuch nicht als rechtsverbindlich anzuerkennen und seinen Vollzug in Bayern nicht zu gestatten. Die demokratische Partei in Bayern erachtete durch diesen Beschluß das bisherige Regierungsprogramm für durchbrochen und erklärte die Regierungskoalition für gesprengt, da die beschlossenen Maßnahmen mit der Reichs- und Landesverfassung nicht vereinbar seien. Der demokratische Landesminister hat daher dem Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld seinen Rücktritt angezeigt. Da die Beschlüsse des bayerischen Staatsministeriums die Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei im Landtag finden werden, wird die Regierung über eine Mehrheit verfügen. Der Bayerische Bauernbund wird heute Montag zur Lage Stellung nehmen.

Ein Zentrumsaufruf für den bürgerlichen Mischmasch

Die Reichsleitung des Zentrums veröffentlichte am Sonntag einen Aufruf: „Für die große christliche Partei der Mitte.“ U. a. heißt es in dem Aufruf, daß die Vereinfachung und Vereinheitlichung unseres Parteiwesens eine Lebensfrage für Deutschland sei und daß diese Gedanken richtunggebend waren für die letzte Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumsparlei. Die obersten Anliegen der deutschen Zentrumsparlei seien einmütig entschlossen, den grundsätzlich stets vertretenen politischen Charakter der Partei auch nach außen hin bei den nächsten Wahlen klar und unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen. Bei kommenden Wahlen soll eine größere Anzahl nichtsozialistischer Kandidaten aufgestellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob diese eine entsprechende Anzahl von Wählern ihres Parteipersonals hinter sich haben. Die Zentrumsparlei sei eine deutsche Volkspartei, die weder vor den Grenzen einer Konfession noch einer Klasse, noch eines Standes, noch eines Landes Halt macht. Ihre politische Arbeit gelte der Wiederaufrichtung des deutschen Volkstums in einem starken Deutschen Reich und der Erhaltung der christlichen Kultur. Die Parteiorganisation und die Parteipresse sind ersucht worden, in diesem Sinne zu arbeiten und insbesondere alles Erforderliche für die Wahrung des politischen Charakters der deutschen Zentrumsparlei zu tun.

Neue Waffenlager der Reaktion entdeckt

SPD. Magdeburg, 22. Juli. (Ein. Bericht.) In Magdeburg und in Oriskanten der näheren Umgebung sind im Laufe der letzten Tage neue Waffenlager entdeckt worden. Es wurden beschlagnahmt: 175 Infanteriewehre, 3 schwere Maschinengewehre, 1 Million scharfe Munition, 150 ungarbeitete Militärgehwehre, 61 Militärfahrräder, neu hergerichtet, mit neuer Summierung. Weiter sind in Magdeburg-Stadt bei dem Sohn des Buchdruckereibesetzers Wohlfeld über 526 Militärgewehrteile gefunden worden, die zu den vor einiger Zeit beschlagnahmten Gewehrteilen gehören. Festgestellt wurde ferner, daß in einer Magdeburger Patronenfabrik Munition in großer Menge entnommen den gesetzlichen Bestimmungen hergestellte und verkauft worden ist. Darunter befinden sich auch Dum-Dum-Geschosse. Der Verkauf wurde noch fortgesetzt, nachdem er der Fabrik durch die Polizei verboten worden war. Es ist jetzt Vorfrage getroffen, daß das Verbot Beachtung findet. Die Waffenlücke wird fortgesetzt. Es ist zu erwarten, daß in den nächsten Tagen neue Lager entdeckt werden.

Zur Neuwahl des Reichspräsidenten

Die „Frankfurter Ztg.“ meldet: Bei der Beratung über die Frage der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft haben sich die Parteien auch mit der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten befaßt. Einer Anregung, die Amtsperiode des Reichspräsidenten über zwei Jahre zu verlängern, standen, wie man hört, die Vertreter der drei Parteien sympathisch gegenüber. Ein dahingehender Antrag, der von dem Vorstehen der demokratischen Fraktion gestellt werden wird, dürfte im Reichstag der Unterstützung des Zentrums und der Sozialdemokraten von vornherein sicher sein und wird, wie aus dem Reichspräsidentenamt verlautet, auch bei dem überwiegenden Teil der Partei Zustimmung finden. Wir hoffen, daß sowohl der Reichspräsident wie unsere Fraktion diesen Vorschlag ablehnen werden, der ein Produkt besonderer bürgerlicher Schamlosigkeit ist. Die bürgerlichen Parteien haben zurzeit keinen präsentablen und zugkräftigen Kandidaten und hoffen, daß sie in etwa 2 Jahren einen Kandidaten finden werden. Darum wollen sie den Genossen Ebert noch auf zwei Jahre wählen, um seine Wiederwahl auf sieben Jahre verhindern zu können.

Das Treiben der Monarchisten im Münsterland

Aus Münster, W. wird uns geschrieben: Im Münsterlande und in Münster zählen die reaktionären Vereinigungen an die dreißig, gibt es Geheimorganisationen, versteckte Waffenlager, sabotierende Verwaltungsbeamte und Landräte, die in ihrem Amte die schwarz-weiß-rote Flagge aufziehen lassen. Im Reich die Wehrkreiskommandos haben sich innerhalb der Reichswehr Zustände herausgebildet, die nach energischer Remedur rufen. Während der Kommandierende der Reichswehr in Münster, Herr v. Lohberg, sich zu einer in Münster stattfindenden Tagung des Bundes der Aufrechten einladen läßt, und sich nachher bei dem hochverräterischen Gusevius damit entschuldigt, daß er leider nicht erscheinen könne, daß er aber dem Bunde großes Interesse entgegenbringe, gehen in der Reichswehr folgende Dinge vor:

Zwischen den republikanisch gesinnten Leuten und den Monarchisten kommt es nicht nur zu mündlichen, sondern sogar zu tätlichen Auseinandersetzungen. Die Offiziere sind durchweg gefürchtet; Kundgebungen monarchistischer Art werden loyal geduldet; gegen Republikaner wird rücksichtslos vorgegangen. In verschiedenen Räumen des Kasernens sind die monarchistischen Reichswehroffiziere und die Republikaner der Reichswehr getrennt untergebracht. Während man aus dem einen Zimmer nationalistische Reden hört, werden in den anderen Räumen revolutionäre Reden gehalten. Das alles wurde uns von Reichswehroffizieren unanfechtbar ausgesagt. Republikanische Angehörige einer hiesigen Kompagnie werden ihrer Bestimmung wegen dauernd schikaniert und mit Arreststrafen bestraft. Gegen Angehörige der ehemaligen Freikorps aber, die in den Kasernen und Mannschaftsräumen monarchistische Propaganda betreiben, die Fahne der Republik und die Regierungsbereiter verächtlich machen, wird nicht eingeschritten. Diese Zustände sind nur möglich durch die große Duldbarkeit, die die hiesigen Behörden den Reichswehroffizieren angedeihen lassen. Der bisherige Regierungspräsident, Herr Werwilt, hat durch seine Nachlässigkeit gegen rechts so großen Schaden in Münster entstehen lassen, daß seine Absetzung längst gegeben war. Auch Major Kirsch dürfte keine Stunde mehr im Amte bleiben. Nachfolgendes Material möge dies belegen:

Nach zuverlässigen Angaben von Schupo-Beamten herrschen unter der Schupo-Polizei ähnliche Zustände wie bei der Reichswehr. Angehörige des früheren Freikorps Schulz erfahren eine ganz offensichtliche Bevorzugung. Ältere republikanische Beamte werden zurückgesetzt. 18 republikanische Beamte wurden aus Münster unter fadenscheinigen Gründen entfernt. Als man nun dem Minister des Innern, Genossen Georing, die „Missetaten“ der Gemahrgeregten darlegte, zeigte sich, daß man die Beamten nur ihrer Bestimmung wegen entfernt hatte. Darauf wurde ihre Rückberufung verfügt, nachdem Vernehmungen beim Regierungspräsidenten die vollkommene Unschuld der „Delinquenten“ dargelegt hatte. Das Regimentspräsidium wurde angewiesen, die Beamten wieder nach Münster zurückzuversetzen. Darauf hat der festliche Kommandeur der Schupo nach Auslage eines nunmehr in Zivildienst tätigen Wachmeisters dem Major Kirsch vom Regimentspräsidium telephonisch gesagt, man solle dem Herrn Minister melden, die Rückberufung sei erfolgt. Damit sollte man die Sache als erledigt betrachten und die Leute da lassen, wo sie seien.

Das alles beweist, daß die Münsterischen Verwaltungsstellen mit Ausnahme des Oberpräsidenten zu einem Zummelplatz reaktionärer Herrschaften zu werden drohen und den Einflüssen der Reichswehroffiziere jederzeit zugänglich sind.

Die Krise in Bayern

SPD. München. (Eig. Bericht.) Im Bayerischen Landtag wurde am Freitag über die Stellungnahme der Landesregierung zu den Reichsentscheidungen vom Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei unter Zuziehung des Gesandten in Paris, Dr. Mayer beraten. Der Ministerrat hatte sich in seiner Sitzung am Donnerstag nicht zu einem Vorschlag zur einseitigen Lösung der Frage herabzulassen. Die „Staatszeitung“ bezeichnet am Freitagabend die Lage als sehr ernst, da die ständischen, vor allem die altbayerischen Vertreter, ihren ablehnenden Standpunkt gegen die Reichsentscheidungen ohne Einschränkung beibehalten.

Trotz der unerhörten Höhe der deutschnationalen Blätter scheint die für die Politik der bayerischen Regierung verantwortliche Partei die Ruhe zu bewahren. Die Augsburgische Abendzeitung ruft zwar der Regierung zu, nicht wider umzufallen wie bei der Ruhr-Krise, und dem bayerischen Volk Schutz vor den Schrecken der Reichsregierung und des Berliner „Wohlfahrtsauschusses“ zu gewähren. Der „Miesbacher Anzeiger“ ruft sogar zur „Tat“ auf. Die Christlichen Gewerkschaften haben jedoch erklärt, daß man zwar gegen Reichsentscheidungen protestieren könne, daß man sie aber als rechtsgültig zu respektieren habe. Sie haben damit der Bayerischen Volkspartei, innerhalb deren Reihen sie ein gewichtiges Wort mitzureden haben, die Richtung zur Ab-

lung der Krise gewiesen. Jedenfalls ist anzunehmen, daß sich der Bayerische Landtag austoben wird. Er wird Vorbehalte machen, er wird der Regierung die strikte Anweisung geben, in Permanenz zu protestieren und „Abergriffe“ entschlossen abzuwehren. Er wird sich aber zweifellos dem Willen der Reichsentscheidungen und Reichsentscheidungen fügen. Wenn also nicht von unbekanntem man mit einer halbigen Entscheidung der bayerischen Regierungstrie rechnen. Unterdessen sucht man die Fesseln, die Bayern an das Reich binden, nach Möglichkeit zu lösen, und so pläbierte der Finanzminister in einer mehrstündigen Rede im Landtag für die Wiederherstellung der bayerischen Finanzhoheit.

Die Schuldfrage an Deutschlands Zusammenbruch

Der Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der sich bereits seit Monaten mit den Ursachen des Zusammenbruchs befaßt, wird im Laufe der nächsten Monate Gutachten seiner Sachverständigen, des Generals v. Ruhl, des Obersten a. D. Schwerdtfeger und des Professors Delbrück veröffentlichen. Das Gutachten Ruhls wird sich mit den militärischen Grundlagen der großen Offensive von 1918 befassen, das Gutachten Schwerdtfegers soll die Frage der politisch-militärischen Verantwortlichkeit, und zwar zunächst bis zum Beginn der Offensive von 1918, behandeln. Professor Delbrück wird zwei Gutachten veröffentlichen, das eine über die Offensiv im Jahre 1918, während das zweite Ausführungen im Anschluß an das Gutachten des Obersten Schwerdtfeger enthalten wird. Außerdem gibt der dritte Sachverständige des Untersuchungsausschusses der früheren Abgeordnete Genosse Kägenstein ein Gutachten über die Verhältnisse im Oer heraus, dem später ein Gutachten über die Verhältnisse in der Heimat folgen wird.

Opposition gegen die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft

Der in Bessen-Raffau gemälde demokratische preußische Landtagsabgeordnete Emil Goll wendet sich in der „Frankf. Ztg.“ recht energisch gegen die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft. Aus den beachtlichen Darlegungen des Herrn G. Goll zitieren wir die folgenden:

Die teilweise starke Opposition in Bremen (auf dem demokratischen Parteitag) war darauf gegründet, daß die Kreise der Partei in der starken Betonung einer Annäherung an die Deutsche Volkspartei eine Gefahr für unsere innere Politik erblickten. Und dieselben Kreise, hauptsächlich die demokratischen Organisationen der Provinz Bessen-Raffau, sehen auch in diesem Schritte, der Beteiligung der Demokratischen Partei an einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, eine schwere Gefährdung unserer inneren Politik und ein Abweichen von einem unserer unantastbaren Grundsätze, nämlich einer Zusammenarbeit von Arbeiterpartei und Bürgerpartei. Aufgabe der demokratischen Partei muß es sein, die seit der Nationalversammlung bestehende Zusammenarbeit der bestehenden Koalition zu vertiefen und durch eine konsequente und zielbewusste Politik in allen Kreisen des Volkes neue Anhänger für die demokratische Sache zu gewinnen. Neue Anhänger werden wir nicht gewinnen durch die Gründung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, aber die befürchtete, Verwirrung wird entstehen in weiten Kreisen des Bürgertums...

Einer unserer führenden Parlamentarier brachte in einer Besprechung zum Ausdruck, daß es jetzt notwendig sei, dafür mitzuwirken, daß eine aktive Politik in Bremen getrieben würde und daß zur Unterdrückung der Werbemaßnahmen die Machtmittel Preußens dem Reiche zur Verfügung gestellt würden. Es müßte zum Ausdruck gebracht werden, daß das bisherige Verhalten der Deutschen Volkspartei im Reiche für unsere innere Politik gefährlich gewesen sei.

Nicht Rechtshaber, nicht Lust an der Kritik an bewährten Führern ist es, die mich veranlaßt, hier Stellung zu nehmen, auch kenne ich all die Gründe die in der auswärtigen Politik liegen, die unseren verantwortlichen Männern immer wieder den Gedanken nahelegen, eine große Mehrheit im Reichstag zu schaffen. Aber die Gründung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft wird diese Schwierigkeiten nicht beseitigen, diese Gründung ist aber geeignet, in unseren eigenen Reihen Verwirrung und Verwirrung hervorzurufen, und hat den fundamentalen Fehler, daß sie geeignet ist, die angebahnte Zusammenarbeit des Volkes wieder zu zerreißen.

Das sind erfrischende und erfreuliche Worte. Die Frage ist nur: wie viele Demokraten werden sich finden, die ähnlich denken und — ihren Gedanken auch entsprechend Ausdruck verleihen. Im übrigen sehen wir der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft in gebotener Ruhe entgegen.

Die Verschuldung der Entente untereinander

Im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz der Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs, in der das Reparationsproblem und das damit in engstem Zusammenhange stehende Problem der interalliierten Verschuldung die Hauptberatungsgegenstände bilden werden, gelangen jetzt authentische Ziffern über das Ausmaß der gegenseitigen Verschuldung zwischen den alliierten und assoziierten Regierungen zur Veröffentlichung. Diese Ziffern sind, wie hervorgehoben werden muß, Schätzungs- ziffern, stützen sich aber auf die besten und erst in allerjüngster Zeit zugänglich gewordenen Quellen, so daß sie als maßgebend angesehen werden können.

Schulden der Alliierten an Amerika

Es schuldeten den Vereinigten Staaten:

Land	Kapital	268 zum 31. 12. 21 nicht bezahlte noch nicht kapitalisierte \$ 100 000
Belgien	347 700 000 Doll.	42 700 000 Doll.
Ruba	8 100 000 "	—
Tschechoslowakei	61 300 000 "	7 100 000 "
Frankreich	2 950 000 000 "	357 900 000 "
Großbritannien	4 166 300 000 "	509 200 000 "
Griechenland	15 000 000 "	—
Italien	1 646 000 000 "	202 300 000 "
Rumänien	23 200 000 "	2 800 000 "
Rußland	187 700 000 "	23 500 000 "
Serbien	26 200 000 "	3 300 000 "

Insgesamt beläuft sich die alliierte Verschuldung gegenüber Amerika auf 10,150 Milliarden Dollar mit einem Zinsgefamtbetrag von 1,172 Milliarden Dollar.

Die Verschuldung an England

Es schuldeten am 31. März d. J. aus Kriegsanleihen:

Rußland	655 000 000 Pfd. Sterl.
Frankreich	584 900 000 "
Italien	503 000 000 "
Jugoslawien	25 000 000 "
Portugal, Rumänien, Griechen- land u. andere Alliierte	67 000 000 "
Insgesamt	1 834 000 000 Pfd. Sterl.

Aus Hilfs- und Wiederaufbauanleihen:

Oesterreich	12 100 000 Pfd. Sterl.
Polen	3 900 000 "
Rumänien	2 200 000 "
Jugoslawien	2 000 000 "
andere Staaten	1 000 000 "
Insgesamt	21 200 000 Pfd. Sterl.

Belgische Wiederaufbauanleihe 9 000 000 Pfd. Sterl. Andere Anleihen: Armenien 829 000 Pfd. Sterl., Tschechoslowakei 2 000 000 Pfd. Sterl.

Die Gesamtverschuldung an Großbritannien unter Einrechnung der Schuld der Dominien von rund 150 Millionen Pfund Sterl. beläuft sich auf rund 2 Milliarden Pfund Sterl.

Die Verschuldung Englands an Amerika

Nach dem Stande vom 31. März d. J. schuldet England an:

Amerika	856 093 000 Pfd. Sterl.
Kanada	25 300 000 "
Japan	7 000 000 "
Straits Settlements	7 656 000 "
Mauritius	538 000 "
andere alliierte Regierungen	128 000 000 "
Insgesamt	1 020 647 000 Pfd. Sterl.

Verschuldung an Frankreich

Es schuldeten am 31. März an Frankreich:

Rußland	5 939 000 000 Frank
Belgien	3 684 000 000 "
Serbien	1 795 000 000 "
Rumänien	1 181 000 000 "
Griechenland	861 000 000 "
Polen	1 056 000 000 "
Tschechoslowakei	574 000 000 "
Italien	49 000 000 "
verschiedene	42 000 000 "
Insgesamt	15 181 000 000 Frank

Verschuldung Frankreichs

Frankreich schuldet am 31. März an:

Großbritannien	584 000 000 Pfd. Sterl.
Amerika	2 950 000 000 Doll.
Japan	133 000 000 Yen.

Für Italien und Belgiens Gesamtverschuldung stellen die Einzelziffern, auch sind die darüber bestehenden Statistiken teilweise sehr widersprechend.

Nach den obigen ist Amerika mit 49,65 Milliarden Goldmark, England mit 37,47 Milliarden Goldmark (Münzfuß der übrigen Entente, und zwar schuldet Frankreich allein an diese beiden Staaten 24,32 Milliarden Goldmark, wozu bei Amerika noch die

Hinter Pflug und Schraubstock

Sitzgen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs
Von Max Goltz
(Vorkürzung.)

In der Bieherei

In Staub und Asche, in Sand und Lehm,
Auf den Anien meist, nicht allzu bequem,
Man glaubt es gern, daß die Bieherei
Kein sonderlich sauberlich Handwerk sei.
Nur der kleine Peter, das schwarze Gesicht
In grimmigen Falten, der glaubt es nicht.
Er wird ordentlich gornig und schimpft und lacht,
Wenn man es ihm deutlich zu machen sucht.
In der stolzen Halle der ganzen Fabrik,
Dort bin ich zu Ewigt zu eurem Glück,
Als grüßen wir God in Rauch und Dampf,
So steht es denn aus; und das grüßen wir auch.
„Was gib' es zu feilen, zu meißeln für euch,
Bär' ich nicht Meister in meinem Reich?
Wo nehmt ihr ihn her, euren Sündenbold,
Wenn ich nicht formen und gleichen woll'?"
Sie lachen, wenn er sich zur Arbeit beugt:
„Der kleine Peter fühlt seinen Wert!"
Mit Reim und Regel, ein statisches Gewicht,
Verschwindet im Boden sein ruhiges Gesicht.
Es ist ein Schaffen, wie Knappenwert,
Der sinkt eine Stunde, dort wagt ein Berg,
Das willst du wimmeln, das mauert und klebt,
Was sich die Form aus dem Grunde erhebt:
Insförmliche Massen, plump und schwer,
Mit Köpfen und Gassen in Kreuz und quer:
Was voll ist, wird hohl, und was hohl ist, wird voll,
Nur Peter weiß, was draus werden soll.

Das Stehende hängt, und das Hängende steht,
In des Formers Gehirn ist alles verdracht,
Das ist eine Kunst, die der Himmel schenkt;
Nicht jeder kann denken wie Peter denkt.
Und schlüpft er heraus aus dem graulichen Bau,
Erklärt er voll Eifer dir alles genau,
So glaubst du ihm kaum, daß was dich verwirrt,
Ein Schiffsmaaschinenzylinder wird.
Jetzt fließt der Dampf; die Arbeit ruht;
Fast stierlich wird es allen zumut.
Der Meister bietet dir kaum einen Gruß,
Das ist seine Stunde; heut kommt es zum Guß.
Dort hinten im Winkel saugt das Gebläs,
Der tauchlose Ofen, in vollem Gefäß,
Schlingt Kohlen ad Erze und Stahl in den Leib,
Als fräse er alles zum Zeitvertreib.
Dann spelt er mit zornigen Knall und Getöse,
Die Flammengarden über das Dach,
Im Instehenden Innern, glühend weiß,
Kesselt in Wägen der eiserne Schweiß.
Rein Leute stehen, zur Arbeit bereit,
Um Kessel und Röpfe und warten der Zeit,
„S' wird spät. Schon dämmert's im zweiten Haus.
„Jetzt! Achtung, Kameraden! Den Pappen heraus!"
Und ein Glutstrom bricht aus dem Dunkel hell,
Mit Sprühen und Epsitren, ein wütender Quell.
Es füllen die Kessel sich, groß und klein,
Mit dem weissen, brodelnden Feuerstein.
Gespentische Krane schwingen sie fort,
Von dort nur Peters Kommandowort.
Sie steigen, sie senken sich ohne Hoff,
Wie wenn Geister trügen die glühende Last.
Jetzt nicht sich der erste. Der blendende Strom
Erscheut die Halle bis unter den Dom
Und stürzt, entflammend die schwarze Nacht,
Die feurige Masse hinab in den Schacht.

Wie der Rau erzittert in plötzlichem Stampf;
Die Form hebt sich im wallenden Dampf!
Wie es gurgelt und knallt, wie es blät und sauft,
Und aus zwanzig Löchern die Flamme braust.
Er steht auf der Form, vom Feuer umloht,
Wenn sie bricht, ist es sicher, gefährlicher Tod,
Der kleine Peter, in Donner und Wut,
Wie der große Napoleon bei Austerlitz!
Nun ist es geschehen. Noch einmal zischt
Ein Fladen empor, eh' alles erlischt.
Schwer qualmt es lang aus dem Grunde heraus;
Doch plaudernd gehen die Leute nach Haus.
Sie fragen sich, ob es gelungen sei.
Es loftet noch Frage zwei oder drei,
Dann bricht man, zum Jubel der ganzen Fabrik,
Aus den rauchenden Trümmern ihr Meisterstück.
Soll geht auch Peter; er geht zuteil,
Ein wenig müde und abgehelt,
Die Hände verbrannt, das Gesicht verbrannt,
Mit lässigem Gang und gestemtem Schritt.
Er schläft schon fast und sieht, wie im Traum,
Die Leute nicht mehr, die Straße laum.
Doch steht er sein Werk, wie es lebt und leibt
Und ein Schiff durch rauschende Wogen treibt.
Durch schimmernde Meere in halber Nacht,
Durch Eis und Stürme, den Polen zu,
Mit Hundern beladen, mit Gold und Silber,
Von fernem Gefahren zur Heimat zurück.
Wer sieht es ihm an, wenn er so geht,
Dah er die Welt, so stinkt sie dich dreht,
Mit all ihrem Reichtum, mit all ihrer Macht,
Wieder um ein Stüdchen weiter gebracht?
(Fortsetzung folgt.)

Die Konsumvereine werden zunächst die Aufgabe zu erfüllen haben, den gewünschten Bedarf etwa in der Weise festzustellen, daß sie bei ihren Mitgliedern, die sich diese günstige Kartoffelbeschaffung zum Zwecke machen wollen, die Einbringung der dazu erforderlichen Geldmittel schnellstens vorzubereiten, da natürlich für die in Mengen zu beziehenden Kartoffeln ausreichende Vorräte nur im Herbst beschaffen werden können. Diese genossenschaftliche Kartoffelbeschaffung geht aus dem Wert der Sache hervor, wodurch viele Konsumvereine gerade aus dem Arbeiterstande einer meist recht drückenden Sorge entbunden werden könnten.

Aus der Partei Die Internationale Konferenz in Amsterdam

Aus Amsterdam wird berichtet:
Am Mittwoch vormittag begann unter Leitung des Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die Internationale Konferenz, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufen worden war, um über die Möglichkeit der Schaffung einer gemeinschaftlichen Front zum Schutze der deutschen Republik und der Unterstützung des Kampfes der deutschen Arbeiter gegen die Reaktion und die nationalstolischen und monarchistischen Strömungen in Deutschland zu beraten. Es nahmen daran teil für die Leitung der Zweiten Internationale Tom Shaw (England), J. Munters (Belgien), (Troelstra, Wibus und Hogen (Holland), für die Leitung der Wiener Internationale Longuet, Brake (Frankreich), Wallhead (England), Grimm und P. Graber (Schweiz), P. Germa (Tschechoslowakei), S. Caplan (Polen), J. B. (Frankreich), G. Mertens (Belgien) und die Sekretäre Timmer und Dubessert und von deutscher Seite Otto Wels und Crispian.

In der Sitzung am Donnerstag folgte nach einem einleitenden Wort des Vorsitzenden der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Timmer, den Zweck der Konferenz in kurzen Worten auseinandersetzen, indem er erklärte, die Lage in Deutschland habe die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Überzeugung gebracht, daß der Augenblick gekommen sei, um im Interesse sowohl des deutschen Proletariats als auch im Interesse der Arbeiter aller Länder eine internationale Einheitsfront zur Unterstützung des Streites eine internationale Einheitsfront zu unterbreiten. Nach der Meinung der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes sei es notwendig, daß sofort Maßnahmen zum Schutze und zur Aufrechterhaltung der deutschen Republik und zur Verhinderung aller monarchistischen und reaktionären Versuche getroffen werden. Es sei auch notwendig, zu einer internationalen Übervereinbarung über eine Abänderung derjenigen Teile der Friedensverträge zu gelangen, die zu einem neuen Teil daran schuld seien, daß nicht allein die Reaktion in Deutschland, sondern auch, daß die Arbeiter in beinahe allen Ländern von wirtschaftlichem Elend betroffen würden. Die Leitungen der Zweiten Internationale und der Wiener Internationale erklärten sich bereit, zusammen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund Wege und Mittel ausfindig zu machen, um gemeinschaftlich die Vorschläge zu verwirklichen.

In der Sitzung am Donnerstag nachmittag erstatteten die deutschen Delegierten Wels und Crispian einen ausführlichen Bericht über die politischen Zustände in Deutschland und über die zur Verteidigung der republikanischen Staatsform in Deutschland getroffenen Maßnahmen. In der Aussprache, die sich an den Bericht der beiden Delegierten angeschlossen, wurde von allen Rednern die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer Einheitsfront zur Bekämpfung der Reaktion dargelegt und eine gemeinsame Aktion beschlossen. Bezüglich der zu befolgenden gemeinsamen Richtlinien bestand volle Übereinstimmung.

Zum Schluß der Nachmittagsitzung wurde eine Kommission ernannt, bestehend aus fünf Delegierten vom Internationalen Gewerkschaftsbund, Wauters und Wels von der Zweiten Internationale und Wels und Crispian von der Wiener Internationale. Die Kommission soll eine gemeinsame Erklärung vorbereiten, welche die Ansicht der drei Leitungen klar zum Ausdruck bringt.

Von den Unabhängigen

Die Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie hat einstimmig beschlossen, zum Sonntag den 1. Oktober d. J. ein ordentliches Parteitag nach Gera einzuberufen. Die Tagesordnung, die noch nicht endgültig festgelegt ist, soll u. a. die „Einigungsfrage“ enthalten.

Die Berliner Unabhängigen zur Situation

Die Funktionäre der Unabhängigen Sozialdemokratie Berlins nahmen am Donnerstagabend nach einem Referat des Abg. Vogel und einem Referat Reders folgende Resolution an:
„Die Funktionäre der U.S.D. Groß-Berlins billigen die Wesenszüge der Zentralkomitee und der Reichsstaatsfraktion, insbesondere die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft durch beide sozialistische Reichsfraktionen.
Die Machtergreifung der Arbeiterklasse kann nur das Ziel einer in sich geschlossenen Arbeiterklasse sein. Die Verabschiedung der Gesetze zum Schutze der Republik bilden erst einen Anfang. Zu ihrer Durchföhrung und zu der schleunigen Niederwerfung der Reaktion ist das Maximum der Einigung im Kampfe herbeizuföhren.
Die Parteileitung hat auch weiterhin alle Mittel zu prüfen, und anzuwenden, die geeignet sind, diese Einigung zu einer Bauernunion zu gestalten. Der kommende Parteitag hat auch hierüber die letzte Entscheidung zu fällen.“

Heinrich Niede

Am Freitag vormittag 9 1/2 Uhr ist der Reichstagsabgeordnete Genosse Heinrich Niede, Alterspräsident des Deutschen Reichstages, nach längerem Leiden im 80. Lebensjahre gestorben. Der Verstorbene gehörte mit zu den Gründern der Sozialdemokratischen Partei des Landes Braunschweig. Er war 40 Jahre lang sozialdemokratischer Stadtverordneter der Landeshauptstadt. Seit 1918 gehörte er dem Braunschweigischen Landtage als Abgeordneter an. Im Jahre 1920 wurde er in den Reichstag gewählt, den er als Alterspräsident eröffnete. Unfere Partei verliert in ihm einen Genossen, der trotz seines hohen Alters noch zu den rühmlichsten und unermüdetsten in der Werbetätigkeit zählte.

Sewerksschaffliches

Müllerstreit in Eßlingen
Man schreibt uns: In der Wöhle Brodhaus in Eßlingen sind alle Arbeiter in den Streit verwickelt. Diese Firma liegt seit ihrer Niederlassung in Eßlingen ständig mit der Arbeiterschaft in Differenzen. Herr Brodhaus verteidigt es, besonders

den Vertrauensleuten das Leben sauer zu machen. Als auch die Wöhle Bieger in den Besitz des Herrn Brodhaus überging, haben die Arbeiter einen neuen Betriebsrat gewählt. Da dieser es mit seinen Pflichten ernst nimmt und auf die Einhaltung des Tarifvertrages drängt, war er bei Herrn Brodhaus natürlich bald unten durch. Der Betriebsrat wurde von seinem Vorgesetzten als Wahnsinniger abgesetzt und ihm verboten, außer seiner Arbeitszeit den Betrieb zu betreten. Diese Verhöhnung wurde dem Betriebsrat durch ein Schreiben des Herrn Brodhaus eröffnet. Herr Brodhaus fügte noch hinzu:
„Ich hoffe, daß diese ersten Demütigungen, die sie sich selbst zuschreiben haben, sie veranlassen werden alles zu tun, um sich mein Vertrauen wieder zu erwerben.“

Dem Herrn Brodhaus sei hierauf erwidert, daß die Arbeiter gerne auf das Vertrauen des Herrn Brodhaus verzichten; sie verlangen nichts als ihr gutes Recht. Wie könnte man aber auch zu einer Firma Vertrauen haben, die mit so schlechtem Beispiel vorangeht; hierüber wird wohl die Reichsgewerkschaft und die Kommunalverbände einiges zu sagen haben.

Eine erbärmliche Rolle bei diesem Streit spielen die Angehörigen der Obermüller St. Jakobskammer bei den Befristungsnachweis als Werkschlichter bestellt. Der Reichsbund Böhler sucht sich seine Kenntnisse durch nähere Bekanntschaft mit den Werkschlichtern zu erweitern und der Sozialdemokrat und Glaubensbruder des Herrn Brodhaus steht seinem Herrn getreulich bei. Den verdienten Lohn werden diese Zeitgenossen dafür wohl erhalten. Die Arbeiterfrage von Eßlingen und die Kunstschaff werden wohl in dieser Sache auch noch ein Wörtchen mitreden. Die Mühsalarbeiter lassen sich von Herrn Brodhaus nicht demütigen und werden getreu zu ihrer gerechten Sache stehen.

Die Bauarbeiter in Mitteldeutschland

Die Bauarbeiter in Mitteldeutschland stehen vor neuen Kämpfen. Ein unparteiisches Schiedsgericht in Halle hat in einer Sitzung vom 3. Juli Bauarbeitern eine Stundenlohnzulage von 7 M. als eine Stundenslohn-Erhöhung von 28 M. auf 35 M. zugesprochen. Dieser Spruch wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Ihr Angebot erstreckt sich nur auf eine Zulage von 4,50 M. pro Stunde. Der Bauarbeiterverband hat beschlossen, sofort in allen Städten der Provinz Sachsen, darunter Dessau, Magdeburg, Naumburg und Zeitz, die Arbeit einzustellen.

Jugend und Sport

Die Eröffnung des 1. Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfestes

W. Leipzig, 22. Juli. Das erste deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest wurde heute nachmittag feierlich eröffnet. Die Größe des Reichsministeriums des Innern überbrachte Staatssekretär Schulz, Mitglied des Reichstages für Erziehungswesen. Er führte aus, daß für die Feinde der Republik das Fest als Beweis des Zusammenhanges der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung eine Warnung sei. Die große Zahl der auswärtigen Gäste biete die Gewähr für eine Völkerverbrüderung. — Die Vertreter der ausländischen Turn- und Sportvereine betonten in ihren Begrüßungsreden den Gedanken der Förderung der internationalen Verbrüderung durch die Turn- und Sportbewegung. — Mehr als 80 000 Turner und Sportmänner aus allen Teilen des Reichs sind anlässlich des Festes in Leipzig erschienen, das Ausland ist mit mehr als 18 000 Teilnehmern vertreten, namentlich aus der Schweiz, Tschechoslowakei; aber auch die meisten anderen Länder einschließlich Frankreich und Belgien entsandten Abordnungen.

Milch- und Eierpreis

Von sachkundiger Seite gehen uns folgende Darlegungen zu:
a) Milchpreis. Die unerhörte Steigerung des Milch-Erzeugerpreises erregt allgemeinen Unwillen. Kinderreiche Familien, arme Kranke und alte Leute, Schwangerer und stillende Mütter in den größeren Städten können die ihnen zuleistende Milchmenge oft nicht mehr kaufen, da infolge des gestiegenen Erzeugerpreises der städtische Verbraucherpreis für einen Liter Milch eine kaum mehr erträglichste Höhe erreicht. Die Kosten der Erzeugung und Beförderung der Milch haben sich beträchtlich erhöht. Dieser Zustand bedeutet eine sehr bedenkliche Schädigung der Volksgesundheit. Es wirft sich die Frage auf, ob diese Steigerung des Erzeugerpreises wirklich zu rechtfertigen ist.
Zweifellos war das Frühjahr die schlimmste Zeit für die Milchzeugung. Die Heuhäcke hatten sich infolge der schlechten Lohndarben des vorigen Jahres rascher als sonst geleert und auch die Rüben- und Strohpörräte schwanden stark. Bei kärglichem Futter konnten die Kühe natürlich nur wenig Milch geben. Jetzt aber, wo doch fast überall reichlich Grünfutter vorhanden ist, erzeugen die Kühe wieder erheblich mehr Milch. Auch kommt die Grünfütterung ausserdem viel billiger zu stehen als die Dürrfütterung. Trotzdem soll gerade jetzt der Milchpreis unbillig gesteigert werden. Die Bauernführer fordern 10 bis 12 M. für den Liter ab. Wir wollen hier nur die Durchschnittspreise von den Landwirten mindestens 4 Liter zurückbezahlen und kaum 1 Liter abgeleitet. Dieser eine Liter ist fast ein offener Markt für die Milch. Jedenfalls rechnet der Landwirt die zurückbezahlen 4 Liter lange nicht so hoch wie den abgeleiteten einen Liter. Denn bei einem Literpreis von 10 M. z. B. würden die 4 Liter jährlich 40 M. ausmachen und der Landwirt würde in größte Erregung geraten, wenn die Steuerbehörde ihm das Ertragnis von einem Liter so hoch einziehen wollte. Wenn der Erzeuger-Milchpreis heute im Durchschnitt das Fünffache des Friedensdurchschnittspreises beträgt, so muß man doch fragen, daß eine Grenze erreicht ist, die nicht mehr überföhren werden sollte. Denn in Baden, wo die mittleren und kleineren landwirtschaftlichen Betriebe weit aus vorzuziehen, ist die Kuh, wie in einer Veröffentlichung des Ministeriums des Innern neuerlich betont wurde, doch ein unentbehrlicher Bestandteil des Gesamtbetriebes und muß schon deshalb gefüttert werden, so daß die Frage sehr berechtigt ist, welcher Teil der Futterkosten auf den Gesamtbetrieb zu verrechnen ist. Unseres Erachtens dürfte es nahezu die Hälfte sein. Diese Tatsache wird viel zu wenig berücksichtigt und deshalb ist die Milchpreissteigerung, wie sie leider besonders vom Landbund und neuerdings auch vom Bauernverein (Waldenband) betrieben wird, unbedingt zu vermeiden. Es handelt sich hier zweifellos um parteipolitische Machenschaften.

Neuestens bläst auch die vom Landbund abhängige Landwirtschaftskammer in gleiche Horn. Wenigstens hat der Vorstand der Tierärztlichen Abteilung der Kammer, Viehhauer, in Nr. 12 des Landw. Wochenblattes (25. März) es fertig gebracht, in der gekünsteltesten Weise, von einer rein „liberalen“ Reformungsansatz ausgehend, mittels Strohleim und Eiweißzusatz und unter Einwirkung der Wärmestufe für die Futtermittel, darunter Molkschmalz, die kaum 10 von 100 Landwirten besitzen, einen Milch-Erzeugerpreis von 6,44 M. als „reine Futterkosten“ herauszurechnen. Einmal dazumal Oberflächlich und Einseitiges ist kaum jemals veröffentlicht worden. Aber natürlich: die fraglichen Ausrechnungen sollten heillos nicht eine Aufforderung an die Landwirte bedeuten, nun allgemein mit dem Milchpreis in die Höhe zu gehen! (1) Dabei ist es eine verdeckte Bebe schlimmster Art. Wenn die Landwirte

Kammer nichts Besseres zu leisten vermag in so schwerer Zeit, dann verdient sie wahrlich keine Unterstützung aus allgemeinen Staatsmitteln.

Mit dem Hinaufschrauben der Milchpreise wird zurzeit sicherlich kein Tropfen Milch mehr von der Kuh gewonnen. Es kann allenfalls nur die Milch etwas gemindert werden, die in der Abgabe von Ueberflüssigem an höher bezahlende Gewerbetreibende und Schleißhändler, sowie im heimischen Puttern sich befindet und die Frömmigkeit des Bauernstums in ein höchstes Licht bringt. Dies gilt auch für die profanen Städter, die den Schleißhändlern jeden Preis für Milch und Butter bezahlen und denen die darübende Allgemeinheit Luft ist.

b) Eierpreis. Daß wir jetzt 8-9 M. für ein Ei bezahlen sollen, ist ein Skandal, der zum Himmel schreit. Nur reiche Leute können Eier kaufen; der ärmere Mittel- und Arbeiterstand und auch die Bauernschaft haben das Nachsehen. Im Jahre 1914 zahlte man um diese Zeit für das Ei in der Stadt etwa 8 M.; die Erzeugerpreise in den ländlichen Betrieben die für die Massenbeschaffung von Eiern ausschließlich in Betracht kommen, betrugen etwa 4 M. Der durch seine Schriften weitbekannte Tierärztliche Professor A. G. H. K. Freytag hat in der „Freiburger Zeitung“ vom 14. März d. J. in interessanter Weise dargelegt, daß die Fütterungskosten eines Huhnes auf dem Lande, bei freiem Auslauf vom Frühjahr bis ins Spätherbst, täglich 15 M. und jährlich 64,70 M. betragen. Bei 80-90 Eiern würde sich die Erzeugung des Eies mit einem Aufschlag von 12 bezw. 20 M. auf die reinen Futterkosten mit 80 M. berechnen. Hinzukommt dabei die Frage an alle eischen Landwirte, ob sie für 10 Hühner, die doch zum mindesten in jedem Betrieb wären, jährlich 674 M. bezw. 780 M. an Futterkosten ausgeben. Er schlägt dann zu den Erzeugerpreisen von 80 M. noch 50 M. in den Monaten Februar, März und April 1903 als „Unternehmergewinn“ darauf und kommt so auf 1,20-1,60 M. für ein Ei in gegenwärtiger Zeit. Es konnte nicht fehlen, daß wegen dieser freimütigen Darlegung alsbald scharf angegriffen wurde. Er sagte aber mit Recht an o. D.: „Wenn man mich ob diesen nachweisbaren Ausführungen steinigen will, so möge man es tun. Die Wahrheit und Berechtigtsein wird doch liegen. Ich bleibe dabei: Der Preis von 7, 8 und 9 Mark für ein Ei ist in keiner Weise zu rechtfertigen. Der Preis, den die Bauern fordern, ist nicht in ihrem Kopf erdacht, sondern ihnen durch andringliche, von einem äppigen Proletenium unterhaltenen Aufhäuser in gewissem Sinne eingegeben. Die Stadtkinder sein Geld, also nie wie druff!“, so schwindelt man den Landwirten vor bei dem rücksichtslosen Betreiben. Dabei verhungern die Kleinrentner und alten Leute und darbt der Mittelstand!

Das Aufkäuferium, das im Dienste des Großhandels, von Gasthöfen, Fremdenheimen, Konditoreien, Eierkaffeebäckern und städtischen Gelybrosen sein preisbreiteres Unwesen ausübt, bedarf der stärksten Bekämpfung durch den einmütigen Zusammenschluß der übrigen Verbraucher. Im vorigen Jahre haben Eiergöhrhandlungen Millionen von Eiern im Frühjahr und Sommer billig angekauft und die eingelassenen Eier dann im Spätherbst und Winter mit Preisgewinnen wieder verkauft.

Wiederum der Abteilungsleiter Viehhauer war es, der in Nr. 14 des Landw. Wochenblattes vom 8. April das sehr zweifelhafteste Kunststück unternahm, die reinen Futterkosten zur Erzeugung eines Eies auch auf dem Lande mit 3 M. zu berechnen. Dabei verfuhr er aber V. die ganze Sachlage, indem er ein an sich noch wichtiges Futterrezept für eine städtische Hühnerhaltung schlaunlos auf das Land übertrug, den freien Auslauf mit seinem billigsten Futterangebot ganz außer acht ließ und die Futterkosten ungenügend aber maßlos — auch auf dem Lande nach übertriebenen Marktpreisen berechnet! So kaufen von 100 reinen Eiern in den Betrieben keine fünf Geflügelkühler! Sie können es sich nicht erlauben, daß die Landwirtschaftskammer sich auch hier an einer ganz unangenehmsten Preisbreiterei beteilige und einen Eierpreis festsetze, der das 60fache = 6000 % des Friedenspreises beträgt.

Wohin werden wir noch kommen, wenn die wucherische Preisbreiterei mit den notwendigen Nahrungsmitteln — auch das Fleisch ist ja unerschwänglich teuer geworden — so weiter geht!

Gemeindepolitik

Badischer Städteverband

Der badische Städteverband hielt am 6. Juli im Rathaus zu Lahr unter dem Vorsitze des Herrn Oberbürgermeister Dr. Walz-Heidelberg, eine Vorstandssitzung ab. Die Anwesenden sprachen sich mit aller Entschiedenheit gegen das Verhalten der Reichsregierung in der Gemeindefinanzfrage aus, das die gebotene Rücksichtnahme auf die geringen Einkommen, äußerlich schwierigen Finanzverhältnisse der Gemeinden durchaus vernünftigen lasse und diese durch eine weitere Vergrößerung der Steuerlast des Landessteuergesetzes noch verschlimmere. Die Gemeinden werden auf ein eigenes bewegliches Zuschlagsrecht zur Kreissteuer kommen, auf die Dauer nicht bezogen werden können. Auf alle Fälle müssen aber jetzt die garantierten Mindestbeiträge der Gemeinden entsprechend dem Mehrertrahen aus den Kreissteuern in den letzten Jahren hinaufgesetzt werden. — Dem Grundgedanken des Entwurfs eines Kreis- und Bezirksverbändegesetzes in den letzten Jahren hinsichtlich der Verstaatlichung und einer einheitlichen Verwaltung der jehigen Kreisfinanzien auf die Bezirksverwaltung nicht geeignet ist; die Verstaatlichung der Kreise ist daher zu begründen, doch sollten Änderungen in der geographischen Einteilung der Kreise nur vorgenommen werden, wenn sie durch dringende öffentliche Interessen geboten sind. Der Städteverband trat in dieser Hinsicht der Stellungnahme der Vertreter der Kreisverbände bei. — In der Frage der Ausländerabgabe hielt der Vorstand eine Verweigerung mit der Regierung für unbedenklich. — Es wurde betont, daß den Gemeinden ein selbständiges Zuschlagsrecht zur Getränkesteuer und Wandererbesteuer zu gestanden werden muß und die baldige Einführung eines Landessteuergesetzes wünschenswert erscheint. — Des Weiteren kamen das jehige Verhältnis der Arbeiterlöhne und Beamtengehälter, die Einführung einheitlicher Schlicht- und Viehhöfgebühren, Vergünstigungen der Kriegsbildner bei Straßenbahnfahrten und einige andere Fragen von besonderer Bedeutung zur Erörterung.

Ordungen. Aus dem Gemeinderat. Die Verordnungen wurden nach folgendem, ebenso die Steinberggebühren, letztere mit Wirkung vom 1. Juli 1922. — Den Desinfektionsgebühren, die solche in der Bezirksratsitzung vom 22. April d. J. festgelegt wurden, wird zugestimmt. — Das Gesetz der Sohle Dopsf Würme im Ausnahmefall von alkoholischen Getränken wurde dem Bezirksrat beifolgend vorgelegt. — Der Jahresbeitrag für den Windeverein wird bis auf weiteres auf 100 M. erhöht. — Eine Witwe soll in die Anstalt für untergebrachte werden. — Wegen das Bauwesen des Gärtners Oskar Dreier werden keine Einmündungen erhoben. — Die freigeordneten Gastwirtsbesitzer samt Lampen sollen an die Stadt Durlach auf Grund des Angebots verkauft werden.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Verkehrsschmerzen der Arbeiterschaft zwischen Karlsruhe und Bruchsal. Man schreibt uns: Die Generaldirektion der Eisenbahn hat es allem Anschein nach darauf abgesehen, den Anwohnern der Arbeiterschaft mit Gewalt bis zur Seelstiche zu steigern. Sie kauft unter üblichen Vorwänden ausgetragene jene Güter, die in den Händen der Arbeiterschaft, läßt aber andere Güter ruhig weiter bestehen, die u. U. nach mindestens ebenso unrentabel sind, wie die ausgefallenen Arbeitergüter, — aber dies sind Güter, die vom „besseren“ Publikum frequentiert sind. Wir wollen von dem Nachzuge schweigen, der früher die Nachschichtarbeiter nach Hause brachte, die jetzt gezwungen sind, im Bahnhof Karlsruhe die Nacht bis zum ersten Frühzug zuzubringen, was angesichts der schändlichen Kontrolle durch gewisse Bahnhofsbetriebe zu keinen Annehmlichkeiten gehört, und unser Augenmerk auf einen Mittagszug lenken. Nach 1 Uhr geht ab Karlsruhe in Richtung Bruchsal ein Güterzug, der bisher immer Anhaber von Arbeiterwohnenarten, Monatskarten, Schülerkarten usw. mitnahm. Seit einiger Zeit führt dieser Güterzug nun nur noch Wagen 1., 2. und 3. Klasse und Samstag gar keine Personenwagen mehr. Die Maßnahme muß die Arbeiterschaft als Verächtlichmachung angesehen werden. Ist es vom erzieherischen Standpunkt aus zu wünschen, wenn Schüler der Mittelschulen hundertlang auf den Bahnhöfen herumlungern müssen, obwohl leicht Gelegenheit gegeben wäre, sie nach Haus zu transportieren, wie es ja bisher durch diesen Güterzug auch möglich war? Freilich diese Schüler sind meist Arbeiterkinder! Würde solche Rücksichtslosigkeit auch gelte, wenn es Sprößlinge eines Oberbeamten wären? Die Arbeiterschaft ist der festen Überzeugung, wenn etwa ein Fahrplandepartement in einem Landort unterhalb Durlach seine Villa hätte, wäre der Nachzug nicht aufgehoben, noch würde der Mittagsgüterzug der Personenwagen entbehren. frim.

Rechtzeitige Einbindung mit Düngemitteln. Damit die wenigen Wochen, die vor Eintritt des Frostes für die Deckung des laufenden Kartoffelbedarfs und für die Winterernte bedienung zu Gebote stehen, im vollen Umfang ausgenutzt werden können, muß schon jetzt für eine möglichst schnelle Abförderung der Kartoffeln im Herbst aus den Leberstumpfgebieten in die Bezugsgebiete Sorge getroffen werden. In diesem Sinne soll in größerem Umfang als bisher während der Sommermonate eine Abförderung derjenigen Güter durchgeführt werden, deren Transporte im Herbst nicht unbedingt erforderlich erscheint, um auf diese Weise während der Herbst-

monate möglichst viele Wagen für den Kartoffeltransport frei zu bekommen. Dies gilt besonders von den künstlichen Düngemitteln. Alle landwirtschaftlichen Kreise werden daher dringend aufgefordert, sich bereits in der Sommerzeit mit künstlichen Düngemitteln einzudecken. Das Reichsverkehrsministerium hat für den Abtransport von Kali einen ermäßigten Frachttarif eingeführt. Es ist auch besonders darauf hinzuweisen, daß falls sich im Herbst die Wagenknappheit wiederholt, vorübergehend, etwa vom 15. September bis 1. Oktober, mit einer Beförderungsperre der künstlichen Düngemittel gerechnet werden muß.

Rafuta und Auslandsbesuche. Die Rückwirkungen der Rafuta auf die Berechnung der Gebühren für Auslandsbesuche hat sich in den letzten Wochen dauernd bemerkbar gemacht. Die Gebühren für deutsche Gespräche sind dauernd gestiegen. Es kostet jetzt von Freiburg aus ein 8 Minutengespräch in die erste Schweizerzone (Basel, Zürich usw.) 150 M., ein dringendes also 450 M., in die zweite Schweizerzone (Bern usw.) 200 M., ein dringendes also 600 M. Auch nach dem Elfsch sind die Gebühren erhöht worden. 3. St. kostet ein 3 Minutengespräch nach Mühlhausen 98,75 M.

Kleine Nachrichten.

München. Der Landesrat der deutschen demokratischen Partei hat den in den letzten Wochen den Parteien zur unüberbrücklichen Trenne gegen das Reich und der Einheit des deutschen Volkes am Ausdruck.

Frankfurt a. M. Der Oberpräsident von Hessen hat gegen jede Veranstaltung, Feier, Sitzung usw. der Orts- und Einzelgruppen des Jung-Deutschland-Bundes innerhalb der Provinz Hessen-Nassau bis auf weiteres untersagt.

Berlin. Nach dem Berliner „Volkswacht“ hat Sachsen an die Entente im abgelaufenen Jahre für 81 1/2 Millionen Sachleistungen ausgeführt, darin sind allein 11 1/4 Millionen für Weibei enthalten.

Subappell. Die Polizei verhaftete wegen einer geplanten Wandbewegung in Weisingern 100 Landkinder, darunter zahlreiche Angehörige der ehemaligen Weisingerarmee und beschlagnahmte 300 Gewehre; außerdem wurde der Wandführer Steijas verhaftet und der Staatsanwaltschaft übergeben, doch liegt noch keine endgültige Mitteilung vor.

London. Der Korrespondent der „Times“ meldet, australische Exporteure haben an Deutschland 10 000 Tonnen Getreide

fleisch verkauft. Die Bedeutung dieser Tatsache liegt nicht nur in der Wiedereröffnung dieses Handels, sondern auch darin, daß sie in ausgedehnterem Umfang stattfinden wird.

London. Beim Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Lastauto, wobei ersterer umfiel, wurden 30 Personen verletzt.

Letzte Nachrichten

Die Mordbuben der Deutschnationalen
Wie die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ mitteilt, hat der dritte Mörder an der Ermordung Rathenaus, der Student Tschow, unmittelbar nach der Tat geflüchtet. Es blieb uns nichts anderes übrig als Rathenau umzuliegen. Wir hätten alle kein Geld mehr. Wir müßten einen großen Kampf um den Aufenthalt haben, damit wir wieder in eine anständige Stellung kommen.“

Von Burjchen, die wie die Mörder Rathenaus mit solcher feiger Brutalität zu Werke gehen, ist schon zu erwarten, daß sie aus Geldgier die Schandtat verüben werden. Was aber die Deutschnationalen nicht abhalten wird, solche Vanditen als „nationale Märtyrer“ zu feiern. Je mehr man die Gesellschaft erkennen lernt, desto verdorfenere präferiert sie sich.

Schriftleitung Georg Schöpflin. Verantwortlich für Artikel, Politische Leberlicht und Letzte Nachrichten Hermann Aabel; für Redaktionspolitik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Provinz, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport J. B. Hermann Aabel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bei 5 und mehr Heften
Zustellungspreis 2.25 M. — die Hefte
(Vergünstigungspreise finden unter dieser Rubrik keine Anwendung)
Karlsruhe. (Reinhardtverlag.) Heute Auslieferung. B. a. 15.

Eden-Licht-Spiele
Kaisersstr. 5
Durlacher Tor.

Ab heute bis Freitag — Nur 4 Tage — II. TEIL
Feuerkreis, Kalifornien

Stadt-Konzerthaus
Leitung: Direktor Adalbert Steffter

Heute Montag
abends 7 1/2 Uhr
Vorstellung für Verein
Volkshöhe 4 2
Das Glücksmädel.

Morgen Dienstag und
täglich abends 7 1/2 Uhr
Mascottchen.

**Haarspangen
Pfeile und
Kämme**

werden repariert und
neu angefertigt bei
H. Bisler
Kaisersstr. 223
zwischen Douglas- und
Hirschstrasse

Schuhwaren
aller Art (Gelegenheits-
käufe) offeriert billigst

**An- und Verkauf-
Geschäft Grotzer,**
Zähringerstrasse 53 a.

Möbel gebr. Kauf
leberzeit
Krüger, Kaiserstr. 69.

Ungeziefer
aller Art vertilgt
U.-V.-A.-Fr. Springer
Markgrafenstr. 52
Telephon 3263.

Die glückliche GEBURT eines gesunden
Stammhalters zeigen hocherfreut an
ADOLF LOEWE u. FRAU
Betty, geb. Wolf
KARLSRUHE z. Zt. Ludwig-Wilhelm-Heim

Arnold Joachim

Veränderung der Bauordnung der
Landeshauptstadt Karlsruhe betr.
Der Stadtrat hier hat die Veränderung der
Bauklasse von 6 auf 13 für das Reichsdrucker-
gelände für die Redar- und die Welschenstraße
und den Belchenplatz ist eine besondere Regelung
vorgesehen.
Der Entwurf liegt beim Stadt. Tiefbauamt zur
Einsicht auf
Karlsruhe, den 19. Juli 1922. D.3. 98.
Bezirksamt III.

Einige Paare neue
Pfeile Nr. 37, 38, 39, 40
375 u. 400 M., auch besch.
Halbfische (Zwänge)
Sämt. braun u. rot, bill.
abzugeben. Zähringer-
straße 50. Tel. 11.
Karlsruhof. 4478

Wandlungen können binnen 14 Tagen dort-
selbst und beim Bezirksamt geltend gemacht werden
Karlsruhe, den 19. Juli 1922. D.3. 98.
Bezirksamt III.

Wandlungen Anlagen betr.
Der Stadtrat hier hat die Feststellung der noch
schlechten Straßen- und Bauflächen an dem Bau-
block Ecke Karl-Wilhelm- und Raststraße beantragt.
Einsendungen hiergegen sind binnen 14 Tagen
beim Stadt. Tiefbauamt, wo die Pläne zur Einsicht
ausliegen, bei Ausschlußbeträumen geltend zu machen.
Karlsruhe, den 20. Juli 1922. D.3. 99.
Bezirksamt III.

Durlacher Allee 2
Partie-Haus
Eleg. Damen-Stiefel . . . von Mk. 195 an
Eleg. Halb- u. Spangenschuhe v. Mk. 105 an
Herren-Stiefel von Mk. 350 an
Kinderschuhe aller Art
Blauleinen-Anzüge, Hosen, Joppen
zu sehr billigen Preisen
L. Brand.
Qualität

Mieter-Vereinigung Karlsruhe
Mitgl. d. Landesverband. u. Bund Deutscher Mietervereine
Geschäftsstelle: Morgenstr. 51, parterre,
Sprechstunden von 6-1/2 Uhr abends im
„Café Rowand“, Ecke Gullingerstr. u. Rowandstr.
Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag;
Nur den Dinsten, Ecke Kaiserallee u. Poststraße
jeden Mittwoch. 3660

Durlacher Anzeigen.
Gaspreis.
Durch Stadtratsbeschluss vom 19. Juli 1922 ist
der Gaspreis in Folge weiterer sehr erheblicher Kosten-
steigerungen mit Wirkung vom Rechnungsabchnitt
Juli 1922 ab auf
7.50 Mf. für 1 cbm
festgelegt.
Durlach, den 20. Juli 1922.
Der Bürgermeister

Gastots.
Durch Stadtratsbeschluss vom 19. Juli 1922 sind
die Gaspreise mit Wirkung vom 21. Juli 1922
ab wie folgt festgelegt:
Gastots Mf. 150.— je Ztr. ab Gaswert
Rastots Mf. 180.— je Ztr. ab Gaswert
Bretlots Mf. 140.— je Ztr. ab Gaswert
Schlafentots Mf. 75.— je Ztr. ab Gaswert
Für die Zufuhr werden die jeweils von der Preis-
topenteile festgelegten Sätze berechnet.
Durlach, den 20. Juli 1922.
Der Bürgermeister

Kohlen-Versorgung.
Die Lage der Kohlen-Versorgung hat in der letzten
Zeit außerordentlich schlechte Formen angenommen. Durch
den Verlust Obersteins sind etwa 20% der ge-
samten deutschen Steinkohlen-Produktion entfällt
verloren. Eine weitere Verschärfung ist durch den
allgemeinen Rückgang der noch verbleibenden deutschen
Steinkohlen-Produktion und die neuen Forderungen
der französischen Garantie-Kommission eingetreten.
Eine Besserung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.
Der einzige Ausweg, der noch verbleibt, ist die Besch-
affung durch den Bezug von Auslandskohlen zu
beschaffen.
Andemir hiermit auf die trostlose Lage unserer
Kohlenversorgung hinweisen, empfehlen wir, sich soviel
wie möglich mit Auslandskohlen einzudecken.
Durlach, den 24. Juli 1922.
Durlacher Kohlenstelle.

**Fahrad-
Gebirgs-Mantel**
erhaltenste Ware, noch
frühere Preise. (Fahrt
lohnend, da jetzt gän-
zlicher Einkauf.)
Eugen Schaeffer
Durlach
Kaiserstr. 81 b. Bahnhof.

**Die Abtreibung
der Leibesfrucht**
von Universitäts-
Professoren A. Grot-
jahn u. G. Radbruch
Wichtig
f. Eheleute, Ärzte
und Hebammen!
Pr. 44.—, Porto 75.-
Volkshandlung,
Adlerstraße 16.

Baden-Baden.
Herr Karl G. Müller, Rechtsanwalt, wird anstelle
des aus dem Bürgeramt zurückgetretenen Herrn
Eckstein als Ausführender der gleichen Wahlver-
schlagliste angetreten, nächster Bewerber in den
Bürgeramt zu werden.
Baden-Baden, den 21. Juli 1922.
Der Oberbürgermeister.

Brotpreis.
Mit sofortiger Wirkung, also ab heute den 22. Juli,
wird der Preis für das der Markteinkaufspreise
unterliegende Brot wie folgt festgelegt:
a) für ein 1500 gr Brot auf Mf. 13.—
b) für ein 750 gr Brot auf . . . 6.50
c) für ein 100 gr Brot auf . . . 1.20
Baden-Baden, den 21. Juli 1922.
Der Oberbürgermeister.

Brotarten.
Die neue Brotarte, die Mitte August in einer
Anlage von ca. 24 000 Stück zur Ausgabe gelangt
soll mit Reklamationsdruck fleißiger Firmen ausgehändigt
werden. Näheres Auskunft wird am Zimmer 7 des
Lebensmittellamts erteilt, wobei auch bis Samstag,
den 29. ds. Mts., Aufträge entgegengenommen
werden.
Lebensmittellamt.

Milcharten-Ausgabe.
Die Milcharten für Bezugsberechtigte, die ihre
Milch direkt vom Kuhhalter beziehen, werden in der
Zeit vom 24. bis 29. Juli 1922, an die Bezugsstellen
D bis einschließlich G,
am Dienstag, den 24. Juli 1922.
Kommunverband Bruchsal-Stadt,
Karlsruheausgabe.

Bruchsaler Anzeigen.
Karten-Ausgabe
am Dienstag, 25. Juli 1922, an die Bezugsstellen
D bis einschließlich G,
Bruchsal, den 24. Juli 1922.
Kommunverband Bruchsal-Stadt,
Karlsruheausgabe.